

gen. In einzelnen Gebieten sei die Finanzierung gesichert, in anderen bedauerlicher Weise nicht. Man dürfe nun nicht einfach sagen, da, wo bisher andere Stellen versagt hätten, müsse eben das Reich einspringen. In der Organisation sei zu unterscheiden zwischen den Länderkommissionen (hier sei Baden vorbildlich) und der Organisation der preußischen Provinzen. Prof. Dr. Brunner-Wien bittet, in juristischer Form zu präzisieren, wie die Organisation gedacht sei, damit man sehe, wie man zusammenarbeiten könne. Die letzte Form könne man die Organisation nur durch die Regierungen erhalten. In Österreich sei der beste Wille zur Zusammenarbeit vorhanden. Größere Schwierigkeiten seien anderwärts ^{zu} überwinden. Prof. Dr. Brandi-Göttingen hält es für zweckmäßig, die vorhandenen Schwierigkeiten wenigstens zu nennen. Bisher seien die einzelnen Institute ganz verschiedene Wege gegangen und auch die Finanzierung sei ganz ^{ver}schieden erfolgt. Gewisse große dringliche Aufgaben sollten beschleunigt gefördert werden. Die Arbeiten an den historischen Atlanten z.B. müsse man schnellstens in ganz Deutschland zum Abschluß zu bringen suchen. Schwierig sei es, eine brauchbare Gesamtkarte zu schaffen. Seit Spruner sei man überhaupt nicht weitergekommen. Für die Herausgabe von großen Urkundenbüchern sei Geld nicht mehr vorhanden, aber Regestenwerke seien notwendig. Archivinventare seien nicht überall sofort möglich. Im Gange befindliche Arbeiten könne man nicht plötzlich abstoppen. Die größte Schwierigkeit liege in der Beschaffung der Mittel. Prof. Dr. Kötzschke-Leipzig hält einen Überblick über die Verfassung der einzelnen Institute und einen Überblick über die in Angriff genommenen Arbeiten für erforderlich. Ganz dringlich sei das Städtebuch. Prof. Dr. Hoppe-Berlin warnt vor zu starken Eingriffen in die Kommissionen. Auf seine Frage, ob die Möglichkeit bestehe, Reichsmittel für bedürftige Kommissionen zu gewähren, erwiderte Prof. Engel, zu Provinzialzwecken könnten Reichsmittel nicht gegeben werden. Prof. Dr. Keyser-Danzig weist auch hier auf die Dringlichkeit der Städteforschung hin. Bei der Überschneidung in den Arbeitsgebieten sei es für ihn manchmal schwierig zu entscheiden, mit wem er arbeiten solle. Auch der Name, den man der Organisation gebe, sei wichtig. Der Gemeindetag, der Geldmittel bewilligen soll, verstehe nicht, was er sich unter der Konferenz vorstellen solle. Prof. Dr. Stengel-Marburg, hält Anlehnung an das neue Reichsinstitut für notwendig, und empfiehlt, mit diesem zusammenzuarbeiten. Prof. Dr. Brandi-Göttingen hält es für unmöglich, in einer solchen Versammlung eine Verfassung auszuarbeiten, und macht folgende Vorschläge: